



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

x: Politische Rundschau : das neue österreichische Ministerium und der
Frieden

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Der Verfasser erhebt am Schluß seines Buchs einen Weheruf über das furchtbare Unglück, das über Deutschland hereingebrochen sei. „Die deutsche Sprache wird die preußische werden“ ruft er aus, „und nur noch Gedanken und Gefühlen dienen, welche mit dem deutschen Wesen in Widerspruch stehn. Der Hochmeister Albrecht, der Hohenzoller, nahm das Ordensland Preußen wider Eid und Gelübde als erbliches Herzogthum an sich und trug es der Krone Polen zu Lehn auf“ (freilich wurde dadurch Preußen lutherisch) und kam dadurch später an Brandenburg, was beides Herrn Klopff nicht gefällt) „und behielt trotz dieser Felonie gegen Kaiser und Reich den schwarzen Adler im silbernen Felde bei. Dieses durch Felonie und Kirchenraub (!) entwendete Wappen brachte Friedrich, der das Königthum nicht mehr auf das ehemalige Preußen beschränkte, durch abermalige Untreue und den Bruch der Verpflichtungen, die sein Großvater für die Königskrone in Preußen eingegangen war, nach Deutschland wieder heim. Wie dieser preußische Reichsadler für die gesammte Monarchie erlangt ist durch doppelten Verrath an Deutschland, ähnlich steht der Gebrauch der Sprache für das Preußenthum in Widerspruch mit dem deutschen Wesen.“

Das Alles fürchtet Herr Klopff, wenn sich die jetzigen Verhältnisse consolidiren sollten und er bemitleidet im Voraus alle Staatsangehörigen des norddeutschen Bundes. Doch hofft er auf Vergeltung, auf Umsturz. Wir dagegen hoffen und wünschen, daß Herr Dnno Klopff, wenn auch nicht in Hising, wo ihm bei der Wiederaufnahme seiner pädagogischen Wirksamkeit doch allmählich die Zeit etwas lang werden dürfte, so doch sonst irgendwo im Kreise ultramontaner Gesinnungsgegnossen von der weiteren kräftigen Entwicklung des neuen deutschen Bundesstaates noch recht lange Zeit Zeuge sein möge.

Politische Rundschau.

Das neue österreichische Ministerium und der Frieden.

× Leipzig, Mitte Januar.

Der Jahreswechsel war auch dieses Mal von einer Reihe nicht unwichtiger Vorgänge begleitet. Zwar hat der Kaiser der Franzosen keines jener geflügelten Worte gesprochen, welche die Naivetät der Börsen seit dem Jahre 1859 für unvermeidlich hielt, und ist der Neujahrstag allenthalben gleich bedeutungslos vorübergegangen: die Wochen, welche ihm vorhergingen, sind

aber ebenso wichtig gewesen, wie die, welche ihm folgten. Noch in den letzten Tagen des alten Jahres entschied sich, daß jene Conferenz über die römisch-italienische Frage, welche durch die Herbstmonate die diplomatische Welt beschäftigt hatte, das Geschick all' der verwandten Unternehmungen ihres Urhebers theilen und begraben werden sollte, ehe sie geboren worden, und diese Entscheidung fiel mit der zusammen, welche das Corps législatif über die römische Angelegenheit fällte und welche wiederum einen Ministerwechsel in Italien nach sich zog. Noch bevor der gesetzgebende Körper seine Verhandlungen über die auswärtigen Fragen beschloffen hatte und zu den Debatten über die Neugestaltung der französischen Armee übergegangen war, unterbrach die laute und entschiedene Sprache des „Russischen Invaliden“ das Schweigen, mit welchem die Diplomatie bis dahin die orientalischen Dinge bedeckt hatte; und die politischen Gegensätze, welche die vier continentalen Großmächte das vergangene Jahr über in zwei einander gegenüber stehende Lager getrennt haben, wurden am Schluß desselben noch einmal mit ihren wirklichen Namen genannt. In den ersten Tagen des neuen Jahres traten die preussischen Gesandten ihre Functionen als Vertreter des norddeutschen Bundes bei den Höfen der Großmächte an und beendete der k. k. Reichskanzler v. Beust das Werk der Reconstruction Oesterreichs durch Installirung eines liberal-eisleithanischen Ministeriums. Begleitet wurden diese Vorgänge, namentlich soweit sie sich auf Frankreich bezogen, von dem ängstlichen Mißtrauen der Börse und eines großen Theils der Presse.

Dieses Mißtrauen ist, wie wir glauben möchten, nicht ganz grundlos gewesen. Auch wenn man von dem eigenthümlichen Geist absteht, in welchem die Verhandlungen über das neue französische Wehrgesetz geführt worden sind, und wenn man den Pessimismus derer nicht theilt, welche in dem Theater-scandal der Porte St. Martin und dem Böbelerceß vor dem Château d'Eau bereits Vorläufer eines pariser Volksaufstandes sehen, wird man Gedanken darüber, daß sich in Frankreich etwas Unerwartetes vorbereitet, kaum aus dem Wege gehen. Dem äußern Anscheine nach hat die Nordd. Allg. Btg. allerdings Grund gehabt, die Signatur des neuen Jahres eine friedliche zu nennen. - Daß der Eintritt der deutschen Südstaaten in den Nordbund die französische Regierung zu einem plötzlichen Entschluß drängen werde, ist, wie die Dinge zur Zeit liegen, kaum anzunehmen; daß man in Paris Neigung verspüre, der orientalischen Frage zu Leibe zu gehen, scheint nach der friedlichen Haltung der officiösen Presse gleichfalls wenig wahrscheinlich. Auch in Italien gewinnt eine ruhigere Auffassung der Verhältnisse die Oberhand, und wenn sich aus mangelnder Veranlassung zu einem Conflict auf eine friedliche Zukunft schließen ließe, so könnte mit einiger Sicherheit auf eine solche

gerechnet werden. Nichtsdestoweniger erhellt schon aus den steten Friedensbetheuerungen großer und kleiner Politiker, daß man sich Friedenshoffnungen einreden muß, um überhaupt welche zu haben. Die Nothwendigkeit, sein Volk zu beschäftigen, ist für den dritten Napoleon dringender denn je, und daß es zur Zeit an dem Gegenstande für eine solche Beschäftigung gebricht, ist grade ein Hauptgrund für die allgemeine Unruhe. In früheren friedlichen Zeiten waren es die äußeren Verhältnisse, welche die Ruhe der Völker störten, heutzutage ist grade die Abwesenheit äußerer Störungen ein Gegenstand der Sorge. Trotzdem, daß das abgelaufene Jahr mit dem kaiserlichen Versprechen freisinniger Modificationen des herrschenden Systems inaugurirt wurde, ist von solchen in dem modernen Frankreich nie weniger die Rede gewesen, wie zur Zeit; die Unzufriedenheit der Bevölkerung ist dagegen durch eine Reihe diplomatischer Mißerfolge, getäuschter Hoffnungen und gewaltsamer Polizei- und Präfectureingriffe beträchtlich gesteigert worden. War es schon vor Jahresfrist nothwendig, die Franzosen von der kritischen Beschäftigung mit der Lage ihres Staats abzulenken, so ist diese Nothwendigkeit seit den letzten zwölf Monaten noch gewachsen, und vergeblich sieht man sich in Paris nach dem erforderlichen Material zu neuen Blizableitern um. Während die pikkelnde Unruhe der Pariser die geringfügigsten Vorkommnisse des täglichen Lebens aufgreift und zu Ereignissen zu erweitern sucht, Fabrikanten und Proletarier gegen die Wirthschaftspolitik des Baron Haßmann Sturm laufen, Männer von der Loyalität Michel Chevalier's über die Zerrüttung der Finanzen der Hauptstadt laute Klage führen, die festlich geschmückten Ballsäle des Tuilerienpalastes zufolge der Verstimmung der Börsen und Fabrikantenkreise leer bleiben und der Lärm über siebzehn neue Proceßproceße die journalistische Welt erfüllt, weiß der Moniteur seine Leser nicht besser als mit der Beschreibung persischer Hochzeitsfeierlichkeiten zu unterhalten. Unter so abnormen Verhältnissen wie denen der Hauptstadt des zweiten französischen Kaiserreichs ist ein solches Verhältniß auf die Dauer unhaltbar und die Ungezwungenheit, mit welcher die gouvernementalen Redner des gesetzgebenden Körpers die Nothwendigkeit der Kriegsbereitschaft aus der innern Lage ableiten, bekundet deutlich, daß jene seit anderthalb Jahren stets neu wiederholte cynische Lehre, nach welcher das innere Unbehagen des Volks an und für sich ein berechtigter casus belli ist, heute ebensoviel Jünger zählt, als im Herbst 1866. Daß es an einer wirklichen Veranlassung zu einem Conflict Frankreichs mit dem neuen deutschen Staat fehlt, macht die Sache eher schlimmer als besser, denn die Conjecturalpolitik, zu welcher die Börsen einmal verurtheilt sind, entbehrt aller Anhaltspunkte; sie sucht dieselben darum in tausend Dingen, die ihr sonst für gleichgiltig gegolten hätten; hat man doch selbst von der Möglichkeit eines französischen Kreuzzugs nach Japan gefabelt, um nur mit seinen Be-

fürchtungen nicht länger in der blauen Luft bleiben zu müssen. Das Napoleoniche Regiment in Frankreich beschließt — wenn man die Zeit der Präsidentschaft mit in Rechnung bringt — nächstens das zweite Jahrzehnt seiner Existenz und bereits fragt alle Welt, wo es die Mittel zur weiteren Fristung seines Bestandes hernehmen wird. Wenn in andern Staaten das hohe Alter einer Regierungsform als Grund für ihren ferneren Bestand angesehen werden kann, so steht es in Frankreich gerade umgekehrt; seit nahezu einem Jahrhundert hat sich keine Herrschaft in diesem Staat gleicher Dauer rühmen können, wie die gegenwärtige, so jung dieselbe auch ist. Ludwig XVI. saß 19 Jahre lang auf dem Throne, die Republik hat sich keine 12 Jahre erhalten, Napoleon hat durch 17 Jahre als Consul und Kaiser regiert, der Restauration war eine fünfzehnjährige, dem Bürgerkönigthum eine achtzehnjährige Lebensdauer beschieden. Das zweite Napoleoniche Zeitalter lebt seit Jahren von der Hand in den Mund, es hat den Cursus der Abwechslungen, mit denen ein Volk unterhalten und beschäftigt werden kann, so vollständig „durchschmaruzt“, daß allgemach die verwegensten Pläne die wahrscheinlichsten geworden sind. Und zu diesen wäre ein Krieg ohne Allianzen zu rechnen, obgleich Napoleon III. bis jetzt einem solchen hartnäckig aus dem Wege gegangen ist. Während des Jahres 1867 war es die Möglichkeit eines Bündnisses mit Oestreich, an welcher die Speculanten der Baisse festhielten. Daß diese Aussicht seit den letzten Wochen entschieden in den Hintergrund getreten ist, bildet das eigentliche Ereigniß, das den Jahreswechsel begleitet und hat den Conjecturalpolitikern die letzte Spanne Boden unter den Füßen hinweggezogen.

Das öffentliche Auftreten des neuen östreich. Ministeriums ist von einer Reihe friedlicher Versicherungen begleitet, die das Gepräge innerer Wahrheit tragen. Nicht daß das Haus Habsburg-Lothringen plötzlich auf seine alten Traditionen verzichtet und die Rechnung auf seine deutschen Stützen für immer gestrichen hätte, — das neue Ministerium, an dem das Selbstvertrauen der östreichischen Monarchie erstarbt, braucht den Frieden, wenn es Lebenskraft gewinnen soll und die regierende Dynastie braucht dieses Ministerium. Die gegenwärtige Zusammensetzung des k. k. Cabinets steht aber in so entschiedenem Gegensatz zu den Traditionen des östreichischen Staats, daß seine Stellung schon aus diesem Grunde eine beispiellos schwierige genannt werden muß. An der Spitze der Geschäfte steht ein norddeutscher Protestant, der nach östreichischen Begriffen ein halber Rotürrier ist, seine Collegen sind freisinnige Ungarn, die bereits einmal auf der Proscriptionsliste gestanden haben und bürgerliche Juristen und Gelehrte ohne Familienverbindungen und Vermögen, Fremdlinge in der Hofburg, die bei den Habitues derselben nur auf Feindschaft und Mißgunst zu rechnen haben und der Umge-

bung, in welcher Franz Joseph jung gewesen und alt geworden, für Ein-
 bringlinge gelten. Selbst auf die schwachen bürokratischen Stützen, über
 die Schmerling zu verfügen hatte, können die Männer kaum rechnen, von
 denen das Volk erwartet, sie würden den alten Sauerteig der verrotteten
 Beamtenwirthschaft auslegen. Hof, Adel, Bureaucratie und Armee stehen
 ihnen gleich fremd gegenüber und doch sind diese die Factoren, mit denen
 im östreichischen Staatsleben an erster Stelle zu rechnen ist. Die Partei,
 welche hinter den Giskra und Herbst steht, ist noch jung und undisciplinirt;
 weder in Bezug auf die socialen Elemente, aus denen sie zusammengesetzt
 ist, noch bezüglich ihres moralischen Einflusses kann sie auch nur mit der
 Partei der preußischen Liberalen verglichen werden, aus deren Mitte die Mi-
 nister unsrer Aera von 1859 hervorgingen. Die Basis, auf welcher das
 eisleithanische Cabinet steht, ist ausschließlich das Vertrauen des Volks.
 Demokratischen Schwärmern muß es überlassen bleiben, diese für einen ro-
 cher de bronze zu halten: wo mit realen Factoren gerechnet wird, sagt man
 sich, daß die Macht, über welche die neuen östreichischen Staatslenker zu ver-
 fügen haben, gerade darum eine äußerst geringe ist und erst erworben wer-
 den muß. Das Experiment, das Herr v. Beust mit dem Januarministerium
 gemacht hat, ist ein so kühnes, daß Krone und Volk demselben mit gleich
 hohen Erwartungen entgegentreten; das Volk verlangt den Ausbau einer demo-
 kratischen Verfassung und die Beseitigung von Schäden, welche so alt wie die
 Monarchie sind und an denen Adepten der verschiedensten Art zu Schanden ge-
 worden sind, die Krone Wiederherstellung einer straffen innern Organisation
 und der frühern Machtsphäre des Staats, Besserung der Finanzen und Er-
 höhung der Staatseinnahmen. Und diese hohen und kühnen Ziele sollen
 erreicht werden, ohne daß die in das Ministerium gerufenen Männer auf
 jene gute Meinung der Krone rechnen dürfen, welche die tausend Blößen,
 die sich das Ministerium Belcredi gab, liebreich zudeckte, ohne jene Sicherheit
 und Uebung in der Behandlung großer Geschäfte, die sich nur durch Erfah-
 rung gewinnen läßt und deren äußere Formen der herrschenden Classe überall
 geläufiger sind, als dem Mittelstande, endlich ohne das Recht, außerordent-
 liche Opfer und Anstrengungen fordern zu dürfen. Mit dem Entschluß, die
 deutsche Bourgeoisie an das Staatsruder zu stellen, glaubt die Krone sicher
 das Uebermenschliche gethan, durch das Opfer ihrer Neigungen das Recht zu den
 gespanntesten Anforderungen erkauft zu haben: wenn die bürgerlichen Minister
 nicht sofort die Schwierigkeiten überwinden, zu deren Bekämpfung man sie an-
 geschafft hat, so hätte es ja bei den Grafen und Fürsten bleiben können, welche
 die Natur selbst zu Staatsmännern bestimmt hat! Mißgriffe der Repräsentan-
 ten des alten Systems hatten nur die Kritik dilettantischer Parlamentsredner
 und doctrinärer Journalisten zu fürchten; der erste Fehltritt der „neuen

Männer“ ruft ergraute Praktiker der Metternichschen Staatskanzlei, hochangesehene Aristokraten und grollende Czechen unter die Waffen und muß sich die Splitterrichterei von Politikern gefallen lassen, welche mit allen Einzelheiten des Staatsmechanismus bekannt sind. Dazu kommt, daß die Nationalität, auf welche die liberalen Minister beinahe ausschließlich angewiesen sind, seit Menschengedenken das Aschenbrödel der österreichischen Politik gewesen ist und sich das Ansehen erst erobern muß, mit welchem sie ihre Repräsentanten decken soll. Bisher überall im Rückgang begriffen und mit der mühsamen Behauptung seiner Machtsphäre beschäftigt, hat das deutsch-österreichische Element die schwierige Aufgabe, plötzlich alle Verantwortlichkeit für das Wohl und Wehe des Staats und derselben Völker zu übernehmen, mit denen es im Hader liegt. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist, wenn überhaupt, nur unter der Bedingung einer dauernden Aufrechterhaltung des Friedens, dieser nur im Fall aufrichtigen Verzichtes auf die Einmischung in die deutschen Dinge möglich. Es liegt darum kein Grund vor, an der Wahrheit und dem guten Willen der officiösen wiener Friedensprediger zu zweifeln, fraglich aber bleibt, ob und wie weit dieses friedliche Programm wirklich aufrecht erhalten werden kann.

Der Anspruch auf die österreichische Suprematie in Deutschland ist von all' den wiener Cabinetten, welche wir seit der Auflösung des alten Reichs erlebt haben, gleich energisch aufrecht erhalten und ein integrierender Theil der dynastischen und politischen Traditionen der habsburgischen Monarchie geworden. Den Bruch mit dieser Tradition durchzuführen bedarf es allein eines Ministeriums, das allseitiges Vertrauen und einen unerschütterlich festen Willen mitbringt. Es genügt nicht, daß keine neuen Versuche zur Durchführung des großdeutschen Programms gemacht werden, die vorhandenen Pfeiler desselben müssen aus der Welt geschafft, die alten Wurzeln an der Entfaltung ihrer natürlichen Triebkraft verhindert werden; sonst ist es unvermeidlich, daß neue Schöplinge über Nacht wieder da sind. Dieser Nothwendigkeit zu entsprechen muß den Ministern des neuen Cabinets sauer ankommen; der großdeutsche Gedanke war der Haupthebel, den sie ansetzten, um den Muth ihres Volks wach zu erhalten, mit seiner Geschichte ist ihre eigene aufs engste verwachsen gewesen und ihr Führer, der Reichskanzler, war der eifrigste Prophet desselben „im Reich.“ Die Giskra, Herbst u. s. w. müssen nicht nur mit den Aspirationen des Kaisers und des Hofes, sondern mit sich selbst fertig werden, um die Möglichkeit des Friedens, der die Bedingung ihrer politischen Existenz ist, aufrechtzuerhalten, sie müssen taub und blind sein gegen die Sirenenstimmen, die aus Süd- und Norddeutschland, von der Saar und vom Neckar, von der Elbe und vom Rhein zu ihnen dringen und zur Wiederaufnahme des alten Intriguenspiels einladen. Schon ihre

ersten friedlichen Kundgebungen, die überall im Volke ein freundliches Echo fanden, sind von den Organen des großrussischen Particularismus mit einer Art von Mißtrauensvotum beantwortet worden, und daß fernere Versuchungen an Herrn von Beust und dessen Genossen herantreten, kann um so weniger ausbleiben, als die außer-österreichischen Destreicher seit Jahren kein wiener Ministerium erlebt haben, dessen Fahne sie so muthig und unbedenklich schwenken könnten, als die des gegenwärtigen „liberalen“ Cabinets, das schon wegen der populären Namen seiner Glieder allen denen unschätzbar sein sollte, die den Werth jedes Ereignisses nach dem Quantum Gift abschätzen, das aus demselben gegen Preußen gewonnen werden kann. Daß das neue cisleithanische Cabinet unberührt von den Lockungen seiner großdeutschen Freunde der Erfüllung seiner inneren Aufgabe nachgehe, ist darum eine harte Forderung. Und doch müssen die österreichischen Staatsmänner sich sagen, daß nur um diesen Preis der Frieden zu erhalten ist, dessen sie vor allem bedürfen, um den an sie gestellten Ansprüchen einigermaßen gerecht werden zu können. Sie müssen, was vor ihnen noch kein österreichisches Ministerium gethan hat, den Schwerpunkt ihrer Thätigkeit in das innere Staatsleben verlegen und auch in diesem Sinn einen vollständigen Bruch mit den wiener Traditionen versuchen. Geschieht das nicht, bricht eine kriegerische oder diplomatische Verwicklung herein, so ist es um die Möglichkeit einer Abhilfe der Nothstände, welche auf der Bevölkerung lasten, um den guten Glauben derselben, kurz um alle Grundlagen der Existenz der bürgerlichen Minister geschehen.

Möglich, daß die Aussicht auf die Wiedererlangung der früheren deutschen Machtstellung des Kaiserstaats die Deutsch-Destreicher noch einmal in den Taumel gedankenloser Kriegsbegeisterung fortreißt, von Dauer kann derselbe nicht sein, und haben die bürgerlichen Minister nur für einen Augenblick die Popularität verloren, von welcher sie getragen werden, so ist es um sie geschehen und Herr von Beust geräth in die Nothwendigkeit, über sie weg eine Brücke in das feudale Lager zu schlagen, das die Schule der alten diplomatischen und militärischen Künste Oesterreichs, die wahre Heimat der kaiserlichen Sympathien ist. Gegen Preußen und Deutschland kann Oesterreich nur an der Seite Frankreichs unter die Waffen treten, ein Bündniß dieser Art würde dem österreichischen Einfluß aber unfehlbar einen Todesstoß versetzen. Die Interessen Oesterreichs sind mit denen der großdeutschen Partei niemals identisch gewesen; im Fall eines mit französischer Hilfe geführten Krieges würden sie vollständig auseinanderfallen und den neuen Staatsmännern die schwache Stütze, welche sie an den süddeutschen Sympathien haben, gleichzeitig mit allen übrigen entziehen. Fraglich ist nur, ob man das in Wien ebenso genau weiß wie bei uns.

Ziehen wir die Summe. Die Aufrechterhaltung des Friedens mit Preußen, welche das neue Ministerium auf sein Schild geschrieben hat, fällt mit dem Interesse desselben aufs engste zusammen: soll mit der „neuen Aera“ wirklich Ernst gemacht werden, so ist es nothwendig, daß alle Kraft auf die Lösung der inneren Schwierigkeiten, auf den Ausbau einer freisinnigen Verfassung, die Kräftigung des deutschen Elements und des von diesem getragenen Volkswohlstandes verwendet werde. Weil eine solche Politik aber in schroffem Gegensatz zu allem steht, was man in der Hofburg als österreichische Erbweisheit verehrt, wird die Befolgung derselben die Stellung der neuen Minister zur Krone und zu der Kaste, welche bisher das Scepter geführt hat, erschweren. Oestreichs deutsche Freunde werden ihre Drohung wahr machen und im Bunde mit Aristokraten, Clerikalen und Czechen gegen das neue Ministerium Sturm laufen, wenn dieses wirklich seinem Programm treu bleibt. Gerade die Unfähigkeit dieser Parteien zu positivem Schaffen, zu geistlicher Förderung der Volkswohlfahrt macht dieselben zu verzweifelten Spielern, welche am liebsten auf eine Karte setzen, deren Gewinn sich nicht im voraus berechnen läßt.

In diesem Sinne ist die Sache des liberalen Oestreichs die unsere und die Sache des Friedens. Ganz abgesehen von den gewichtigen Gründen, aus denen der Kaiserstaat seine Blicke nach Osten und nicht nach Westen zu richten hat, müssen seine Staatsmänner sich sagen, daß die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu dem neuen Deutschland die *Conditio sine qua non* jedes Versuches zum Neubau dieser zerrütteten Monarchie ist und daß die Vortheile, welche eine französische Allianz im besten Falle haben würde, reichlich aufgewogen werden durch die Nachtheile, welche auf die Sache der Volksfreiheit im Falle der Friedensstörung unfehlbar hereinbrechen. Nachdem die Rothringer es mit allen möglichen Bundesgenossenschaften versucht haben, sind sie auf die ihrer deutschen Unterthanen verfallen; verzichten sie anderen Plänen zu Liebe auf diese, so ist es um die Männer des Volksvertrauens von selbst geschehen. So lange diese die Augen offen haben, werden sie sich an das Friedensprogramm, das zugleich das Freiheitsprogramm ist, fest anklammern. Aber die einfache Forderung, dem Gesetz der Vernunft und des wahren, eigenen Vortheils zu folgen, ist leichter ausgesprochen als erfüllt. Innerhalb wie außerhalb Oestreichs erweisen sich die unvernünftigsten, aus den dunkelsten Quellen steigenden Motive zuweilen als die stärksten Triebfedern menschlichen Wollens und Handelns.

Verantwortliche Redacteurs: Gustav Freytag u. Julius Gårdt.

Verlag von F. L. Herbig. — Druck von Gützel & Wegler in Leipzig.